

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Mittwoch (Vormittag), 13. März 2019 / Mercredi matin, 13 mars 2019

Polizei- und Militärdirektion / Direction de la police et des affaires militaires

68 2018.RRGR.534 Motion 171-2018 Trüssel (Trimstein, glp)
Revision der Motorfahrzeugsteuer

68 2018.RRGR.534 Motion 171-2018 Trüssel (Trimstein, pvl)
Révision de l'impôt sur les véhicules routiers

Der Vizepräsident, Hannes Zaugg-Graf, übernimmt den Vorsitz. / Le vice-président Hannes Zaugg-Graf prend la direction des délibérations.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Wir kommen zum Traktandum 68, die Motion von Daniel Trüssel: «Revision der Motorfahrzeugsteuer». Ich gebe dem Motionär das Wort.

Daniel Trüssel, Trimstein (glp). Sie haben diesen Vorstoss lesen können. Sein Ziel ist es, endlich einen Schritt in Richtung Wettbewerbsfähigkeit des Kantons zu machen. Aus meiner Sicht ist eine tiefe Motorfahrzeugsteuer kein Standortvorteil für den Kanton Bern. Deswegen zieht niemand weg, und deswegen zieht auch niemand zu. Hingegen sind die Steuern der natürlichen Personen sehr wohl ein solcher Standortvorteil.

Was wollen wir mit diesem Vorstoss erreichen? Erstens soll er gewerbefreundlich ausgestaltet werden. Ich will nicht, dass das Gewerbe durch hohe Motorfahrzeugsteuern belastet wird. Zweitens müssen die Steuern der natürlichen Personen endlich gesenkt werden. Drittens soll selbstverständlich eine ökologische Komponente beim Ausgestalten dieser Motorfahrzeugsteuer eingebracht werden. Das ist nichts als richtig und wichtig. Wir haben in diversen Diskussionen schon gehört, dass Ökologie und Nachhaltigkeit eine Rolle spielen müssen, und da der motorisierte Individualverkehr beim Thema CO₂ eine wesentliche Rolle spielt, müssen wir dort eine Korrektur anbringen.

Für mich ist auch das Wandeln in ein Postulat, wie es die Regierung will, keine Option. Man hat schon so vieles geprüft, so vieles machen wollen und so viele Prüfaufträge entgegengenommen. Es ist nun hier an der Zeit, diese Punkte als Motion zu überweisen und endlich einen Schritt in Richtung wettbewerbsfähigen Kanton Bern zu machen. Ich hoffe, Sie können meinem Ansinnen Folge leisten, und freue mich auf eine unaufgeregte Diskussion.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Ich gebe dem Mitmotionär, Jakob Etter, das Wort.

Jakob Etter, Treiten (BDP). Wir hatten schon mehrere Vorstösse zur Senkung von Steuern. Immer wurde der Vorwurf gemacht: Sagen Sie uns doch, wie man es gegenfinanzieren kann. Hier haben wir einen konkreten Vorschlag, wie die Finanzierung geschehen kann. Der Motionär hat es bereits gesagt: Das ist ein integriertes Paket mit vier Punkten, bei dem alle vier Punkte integriert angenommen werden müssen. Die hohen Einkommenssteuern sind ein Standortnachteil, hingegen habe ich von den Motorfahrzeugsteuern noch nie gehört, dass jemand extra in den Kanton Bern wohnen kommt, weil sie tief sind.

Ich möchte vielleicht einige Argumente vorwegnehmen, die nachher garantiert bei den Fraktionsprechern auftauchen; vielleicht können wir so die Diskussion etwas abzukürzen. Eine Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern für schwere Fahrzeuge sei eine Zumutung und ein Diebstahl am Volkvermögen. Wenn jemand ein grosses Fahrzeug für 150 000 Franken oder mehr kaufen kann, ist meiner Meinung nach eine Motorfahrzeugsteuer-Erhöhung von 300 Franken verkräft- und zumutbar. Ein weiterer Punkt, den ich gehört habe: Die Steuersenkung von 40 Mio. Franken sei für den einzelnen Steuerzahler kaum spürbar. Wenn eine Familie mit einem steuerbaren Einkommen von 70 000 oder 80 000 Franken um 150 Franken weniger Steuern bezahlen kann, ist das im Verhältnis wesentlich mehr als die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer für Vermögende. Ein weiterer Punkt: Die

Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer benachteilige das Gewerbe, die KMU und die Landwirtschaft, weil diese auf schwere Fahrzeuge angewiesen seien. Dazu verweise ich auf den Punkt 3 der Motion, wo wir auch daran gedacht haben, das zu regeln.

Ein weiterer Punkt, der sicher angesprochen wird: Das Volk hat sich erst kürzlich für tiefere Motorfahrzeugsteuern ausgesprochen. Kürzlich heisst vor sieben Jahren. Seither hat sich die Welt einige Male gedreht. Der Entscheid bei der Volksabstimmung war zwar mit 53 Prozent relativ knapp. Bei der Volksabstimmung 2012 ging es um alle Fahrzeuge und nicht nur um schwere Fahrzeuge mit einem hohen Schadstoffausstoss. Wenn wir heute das Volk fragen würden, ob es eine Erhöhung der Steuern für schwere Fahrzeuge annehmen würde, fiel das Ergebnis vermutlich anders aus. Die Gegner können ja sonst mit dem Referendum die Probe aufs Exempel machen.

Erst kürzlich habe ich eine Statistik gesehen. Gemäss dieser haben die Verkäufe von grossen, schweren Fahrzeugen in der letzten Zeit zugenommen. Das heisst, dass auch für den Kanton in Zukunft mehr Strassenraum, breitere Parkplätze und bessere, stabilere Strassenbeläge gebaut werden müssen. Das verursacht auch wieder Mehrkosten.

Mit dieser Motion ist sichergestellt, dass die Mehreinnahmen – nicht wie es in den Medien kolportiert wurde – die Staatskasse alimentieren. Das Geld wird vollumfänglich dem Volk und dem Steuerzahler zurückerstattet. Im Namen der Motionäre bitte ich Sie, die Motion in allen vier Punkten integral zu überweisen. Nur so macht die Motion Sinn für alle und für den Kanton.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Offenbar will niemand sprechen. – Doch, sonst hätte ich gleich Herrn Müller das Wort gegeben. Melden Sie sich doch bitte an, wenn Sie sprechen möchten, liebe Fraktionssprechende. Pour les Verts, Madame Moussa von Wattenwyl.

Moussia von Wattenwyl, Tramelan (Les Verts). Les Verts se réjouissent de toute proposition aidant à limiter ou à imposer les véhicules les plus polluants. Nous soutiendrons tout ce qui va dans ce sens, comme ce fut le cas du postulat Wenger, accepté en 2016 et demandant l'introduction d'une taxe écologique sur la mise en circulation des véhicules à moteur (*M 128-2016*). Pour cela, nous soutiendrons le point 1 comme motion.

Concernant le point 2, il est à relever, comme cela a déjà été dit, qu'avec la réglementation actuelle, le canton de Berne se trouve en bas de classement, et qu'avec la votation de 2012, qu'il s'agirait effectivement de remettre en discussion, nous serions favorables à ce point 2. Il est à noter quand-même qu'il rapporterait au moins 40 millions, et qu'avec la législation actuelle, nous avons perdu 100 millions. Nous soutiendrons néanmoins ce point 2. Concernant le point 3, il ne nous paraît pas justifié d'épargner certains véhicules, actuellement dans toutes les catégories, tourisme autant qu'utilitaire. De nombreux modèles sont disponibles et il est possible d'opter pour des variantes les plus écologiques dans toutes les catégories, donc, nous rejetterons ce point. Concernant le point 4, si plus de revenus devaient atterrir dans les caisses de l'Etat, cet argent devrait, à notre avis, être utilisé pour financer les services publics qui ont été démantelés ou touchés par exemple par le paquet d'allègement, entendez par là principalement le social et la formation. C'est pour cela que nous refuserons le point 4.

Hans Schär, Schönried (FDP). Es geht um die Motion «Revision der Motorfahrzeugsteuer». Mit der Revision sollen vier Ziele erreicht werden. Erstens: Schwerere Fahrzeuge mit höherem Schadstoffausstoss sollten stärker besteuert werden, weil die Steuern so belastet werden. Eigentlich müsste das ja grundsätzlich möglich sein. Es wäre noch zu definieren, ab wann ein Auto schwer ist und ab wann höhere Schadstoffe austreten. Das könnte eventuell die eine oder andere Person beim Kauf eines neuen Autos beeinflussen, ein solches hybrides Auto anzuschaffen.

Zweitens: Die Anhebung der Steuern auf den Durchschnitt der Kantone führt zu Mehreinnahmen von 40 Mio. Franken. Grundsätzlich dürfte ja der Kanton auch einmal der günstigste sein. Aber im Hinblick auf die Steuersituation bin ich bereit, die Autosteuer zugunsten der natürlichen Personen auf ein schweizerisches Mittel anzuheben.

Zum Punkt 3: Die Revision darf für die gewerblich genutzten Fahrzeuge keine Mehrbelastung ergeben. Ich bin überzeugt, dass die Trennung von den gewerblich genutzten und den privaten Fahrzeugen im Zeitalter der Digitalisierung möglich sein sollte. Aus den Fahrzeugausweisen ist ja ersichtlich, auf wen ein Auto eingelöst ist.

Viertens: Die Mehreinnahmen aus der Motorfahrzeugsteuer sind für die Senkung der Steuern der natürlichen Personen zu verwenden. Es ist dringend nötig, dass wir die natürlichen Personen im Kanton Bern steuerlich ein wenig entlasten. Es kann ja nicht sein, dass wir mit der Sitem-Insel und

so weiter Arbeitsplätze schaffen und die Arbeitnehmer wegen der ungünstigen Steuersituation zu uns in den Kanton Bern pendeln müssen oder wollen. Wir haben ja letzte Woche gehört, wie viele, auch gutverdienende Mitarbeiter der Mobiliarversicherung in anderen Kantonen wohnen und pendeln. Entgegen der Regierung sind wir der Auffassung, dass unser Anliegen ein Antrag für die nächste Revision des Steuergesetzes (StG) ist. Wir müssen schauen, dass wir mit dem kantonalen Steuersatz endlich vom Tabellenschwanz der Kantone wegkommen. Die Streichung der Berufskostenabzüge und Pendlerabzüge, die Erhöhung der Eigenmietwerte und die künftige Erhöhung der amtlichen Werte für nicht-landwirtschaftliche Liegenschaften strapazieren die steuerzahlende Bevölkerung enorm. Wie Sie alle wissen, haben die einzelnen Punkte dieser Motion alleine nur eine kleine Chance. Darum denke ich, dass wir einen Schritt weiterkommen, wenn wir diese Motion in allen Punkten überweisen. Die FDP stimmt allen vier Punkten als Motion zu.

Ueli Gfeller, Schangnau (SVP). Die SVP-Fraktion sieht dies in einigen Punkten etwas anders als die Motionäre. Grundsätzlich ist unsere Fraktion gegen eine Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern. Wenn der Kanton Bern schon einmal ein wenig günstiger ist als die anderen, dann möchten wir das zugunsten der Wettbewerbsfähigkeit doch stehen lassen. Zudem betrifft diese Revision auch nur gewisse Zielgruppen, nämlich eben auch diejenigen, die aus beruflichen Gründen auf schwerere Fahrzeuge angewiesen sind. Das betrifft vor allem eben doch die KMU und die Landwirtschaft, und ein weiteres Mal sind auch jene betroffen, die in Randregionen, in Hügel- und Berggebieten zu Hause sind und mit strengeren Verhältnissen im Winter leben müssen. Das sind meist auch jene, die auf Allradfahrzeuge angewiesen sind.

Die geltenden Bemessungsgrundlagen wurden 2013 gestützt auf eine Volksabstimmung in Kraft gesetzt. Es wurde betont, das sei doch schon eine gewisse Zeit her. Das stimmt. Aber eine solche Volksabstimmung ist bei den Leuten noch präsent. Diesen Abstimmungsentscheid jetzt schon wieder zu hinterfragen, löst bei vielen Motorfahrzeughaltern Unmut aus und wird nicht verstanden.

Die SVP ist auch für Ökologie und Klimaschutz. Ich persönlich bin überzeugt, dass die 40 Mio. Franken, die man hier mehr einnehmen wird – das sind knapp 60 Franken für jeden Steuerzahler im Kanton Bern –, gescheiter über einen ökologischen Leistungseffekt im Luftverkehr abholt. Dann trüge auch das Freizeitverhalten und Ferienverbringen weit, weit weg von der Schweiz etwas zum Klimaschutz bei. Die SVP lehnt die Punkte 1–3 ab, dem Punkt 4 könnten wir zustimmen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Michael Köpfli, Wohlen b. Bern (glp). Für uns ist dies einer der wichtigsten Vorstösse dieser Session, und wir stimmen diesem Vorstoss überzeugt zu. Es ist relativ anspruchsvoll, im Kanton Bern Klima- oder auch Umweltschutz zu betreiben. Man hat es auch zu Beginn der Session diskutiert. Es gab Wortmeldungen, die besagten, es sei primär Symbolpolitik. Nun haben wir heute tatsächlich einmal die Möglichkeit, etwas zu verändern, das tatsächlich die Anreize verbessert. Damit werden wir nicht das 1,5-Grad-Ziel weltweit erreichen, aber wir können einen ganz kleinen Beitrag daran leisten, ohne dass es weh tut. Denn – es wurde bereit gesagt – dieser Vorstoss ist finanz- oder fiskalpolitisch neutral. Es wird insgesamt gleich viel Geld in die Kantonskasse fließen, und es wird niemand mehr belastet, als er heute ist.

Gesagt wurde auch schon, dass es wirtschaftspolitisch eine grosse Chance ist. Von der BDP und von Daniel Trüssel wurde schon gesagt, niemand ziehe wegen der Motorfahrzeugsteuer in den Kanton Bern. Es verlegt auch niemand wegen der Motorfahrzeugsteuer seinen Firmensitz in den Kanton Bern. Entscheidend für unsere Standortaktivität sind die Gewinn- und Einkommenssteuern, und dort müssen wir ganz dringend etwas tun. Ich glaube auch, dass einige es vielleicht schon ein wenig bedauern, dass wir das Pfand oder die Gegenfinanzierung mit der Motorfahrzeugsteuer nicht bei den Unternehmenssteuern beschlossen haben, wie es ein Antrag von Natalie Imboden verlangte, der hier im Grossen Rat relativ knapp scheiterte.

Wir sind überzeugt, es ist eine Win-win-Situation für Umwelt und Wirtschaft, wenn wir diesen Vorstoss heute überweisen und zwar unbedingt in den Punkten 1 und 4. Nur dann ist es tatsächlich eine ökologische Steuerreform. Sonst wird es einfach eine Mehrbelastung oder eine Steuersenkung ohne Gegenfinanzierung sein, und bei beidem haben wir in den letzten Jahren gesehen, dass es an der Urne sehr schwierig wäre, zu gewinnen. Darum ist es wichtig, dass die Punkte 1 und 4 integral überwiesen werden.

Und vielleicht gerade noch eine Replik und dann ein Angebot an Kollege Gfeller, der vorhin gesprochen hat; zuerst die Replik: Für uns ist die Motorfahrzeugsteuer kein zweites Gesetz über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG). Wir unterstützten die Regionen, die angesprochen sind, die Land-

und Berggebiete, schon sehr stark über den Finanz- und Lastenausgleich, und es kann nicht sein, dass man jetzt die Motorfahrzeuge auch noch heranzieht, um eine Umverteilung in diese Regionen vorzunehmen. Da geht es um die Besteuerung der Motorfahrzeuge, und da sollte es auch eine ökologische Komponente geben.

Und nun ein Angebot, das mich vielleicht ein wenig in Konflikt mit der Fraktion bringt, denn wir haben ja nicht so gerne Standesinitiativen: Wenn aber schon ein SVP-ler sagt, man sollte etwas bei den Flugtreibstoffen tun, biete ich ihm Folgendes an: Machen wir doch heute noch oder spätestens in der nächsten Session eine Standesinitiative für eine Flugticketabgabe! Der Nationalrat hat sich bisher dagegen gesträubt. Das CO₂-Gesetz ist im Moment in der Debatte, und ich habe das Gefühl, wenn gerade von der SVP dieses Signal aus dem Kanton Bern kommt, könnte dies einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass man dort etwas bewegen kann. Das ist tatsächlich etwas, das gar niemandem wehtut, das ist Freizeit. Das Angebot steht, ich würde mich freuen.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Ich bin nun gerade etwas kühn: Das Angebot von Michael Köpfli von vorhin würden sicher auch wir unterstützen, so wie ich unsere Fraktion kenne.

Bei diesem Vorstoss hier wird die EVP die Punkte 1–3 als Motion annehmen und den Punkt 4 ablehnen. Deshalb verlangen wir auch punktweise Abstimmung. Weshalb? Die Punkte 1–3 machen einen Fehler rückgängig, der 2013 passiert ist. Es kann nicht sein, dass der Kanton Bern eine billigere Motorfahrzeugsteuer hat als der schweizerische Mittelwert, und das hat auch nichts mit Wettbewerbsfähigkeit zu tun. Da sind wir mit Daniel Trüssel einverstanden.

Gerne nimmt die EVP auch die steuerlichen Mehreinnahmen von 40 Mio. Franken entgegen, die in diesem Vorstoss versprochen werden. Wir alle wissen, dass uns die Finanzen an allen Ecken und Enden fehlen, beispielsweise bei den Investitionen – das war in dieser Session mehrmals ein Thema –, bei den Krankenkassenverbilligungen oder bei der Pflege von alten Menschen. Im Zeitalter, in dem wir die Klimaerwärmung schon sehr stark spüren, kann es nicht sein, dass schwerere Fahrzeuge und solche mit hohem Schadstoffausstoss degressiv besteuert werden. Auch das ist ein Fehler des Systems, das wir haben.

Ein wenig komplizierter wird es beim Punkt 4. Warum soll das freigespielte Geld ausgerechnet für die Senkung der Steuern bei den natürlichen Personen verwendet werden? – Wir alle wissen, dass es für die einzelnen Steuerzahler nur ein Zückerchen gibt. Also: Jakob Etter hat den Betrag von 150 Franken bei einem durchschnittlichen Mittelstandseinkommen genannt; ich habe auch schon andere Zahlen gehört. Mit solchen Beträgen kann man vielleicht pro Jahr einfach zwei- oder dreimal mehr auswärts essen gehen, je nachdem wie gross der Haushalt ist. Das ist reinste Giesskannenpolitik, die niemandem etwas bringt und sicher auch unsere Wettbewerbsfähigkeit als Kanton nicht erhöht. Hingegen braucht es vielleicht schon bald eine Gegenfinanzierung bei den Unternehmenssteuern wegen der Bundesvorlage, über die wir ja im Mai abstimmen werden, und je nachdem, wie wir diese nachher im Kanton Bern ausgestalten werden. Der Punkt 4 ist also für die EVP sicher zu eng formuliert. Wir können ihn höchstens als Postulat annehmen.

Katharina Baumann-Berger, Münsingen (EDU). Wie nun schon einige Male gehört: Die Mobilitätstechnik allgemein ist einem steten schnellen Wandel unterworfen. Lösungen für die Anpassung der Besteuerung zu finden, ist deswegen gar nicht so einfach. Wir gehen darin einig, dass wir da über ein ganzes Paket sprechen, das ein wenig ein Sammelsurium von verschiedensten Punkten ist. Bei den Punkten 1 und 2 geht es darum, die Besteuerung nach gewissen ökologischen Punkten anzugehen, und das scheint auf den ersten Blick sinnvoll. Allerdings heben sich die Punkte 1 und 3 nach heutiger Technik irgendwie auf. Nicht nur der Schadstoffausstoss sollte steuerprägend sein, auch die Energieklassen müssten irgendwie berücksichtigt werden, und diese unterliegen wiederum einem sehr raschen Wandel. Daneben fehlen neue Gedanken gänzlich, wie beispielsweise das Berücksichtigen der Radstandbreite, obwohl diese dann wirklich einiges über ökologisches Fahren aussagen würde.

Zum Punkt 2: Ja, unsere Motorfahrzeugsteuer liegt unter dem schweizerischen Mittel. In der aktuellen Berner Steuersituation allgemein ist das aber vielleicht gar nicht so schlecht. Es muss deswegen niemand kommen, aber ich nehme auch nicht an, dass jemand deswegen geht.

Zum Punkt 4: Nicht zuletzt erachten wir den Vorschlag, die Mehreinnahmen aus der Motorfahrzeugsteuer für eine Steuersenkung bei den natürlichen Personen zu verwenden, zwar als kreativ, aber gleichwohl aus dem ganzen System heraus auch als ein wenig fragwürdig. Für uns ist dieses Thema einfach noch nicht zu Ende gedacht. Es wäre gut, dort noch ein wenig weiterzudenken, aber im Moment kann die EDU-Fraktion das nicht unterstützen.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion: Luc Mentha.

Luc Mentha, Liebefeld (SP). Wir haben die Diskussion zu diesem Vorstoss in der SP-JUSO-PSA-Fraktion geführt. Wir haben eine differenzierte Haltung, und ich würde Ihnen diese gerne erläutern. Fakt ist heute: Wir haben im Kanton Bern ein Steuerparadies für Offroader und für Porschefahrerinnen und -fahrer. Der Volksentscheid vom Februar 2011 hatte nach den Erklärungen der Befürworter des Volksvorschlags selbst zum Ziel, die Motorfahrzeugsteuer auf das schweizerische Mittel zu senken. Wenn wir heute feststellen, dass der konkrete Vorschlag, den die Berner Bevölkerung vor sieben Jahren angenommen hat, uns nicht ins schweizerische Mittel führt, sondern dass wir inzwischen deutlich unter dem schweizerischen Mittel gelandet sind, dann zeigt das allein, dass wir das Gesetz noch einmal hervorheben und hier korrigieren müssen. Wir müssen noch einmal über die Bücher gehen. Nach sieben Jahren darf man diese Frage noch einmal stellen und diese Sache noch einmal neu beurteilen. Es kommen nämlich zusätzliche Argumente hinzu.

Der Klimaschutz ist in den letzten sieben Jahren zu einem dringenderen Problem geworden als es damals war, als man das Strassenverkehrsgesetz (SVG) revidierte. Der Strassenverkehr ist eine wesentliche Ursache des Klimawandels, den wir bekämpfen müssen. Neue Untersuchungen zeigen, dass die Neuwagenflotte in der Schweiz im Quervergleich mit Europa den höchsten CO₂-Ausstoss aufweist. Zudem nimmt der CO₂-Ausstoss der schweizerischen Neuwagenflotte nicht ab, wie wir es eigentlich in den Zielen formuliert haben, nimmt dieser Ausstoss zu. Also: Die Ziele im Verkehrsbereich sind bei Weitem nicht erreicht, und es darf nicht sein, dass wir im Kanton Bern bei den Motorfahrzeugsteuern ein System weiterführen, das den Anreiz für den Kauf von schweren und ökologisch problematischen Offroadern beinhaltet.

Wir müssen die Revision durchführen; wir müssen den Spiess umdrehen; wir müssen die Gebühren so umgestalten, dass daraus auch ein Beitrag zum Klimaschutz im Sinne eines Anreizes entsteht. Es sollen Anreize geschaffen werden, damit die Bevölkerung wieder kleinere, leichtere und ökologisch vernünftiger Fahrzeuge kauft. Aus diesem Grund unterstützen wir von der SVP die Ziffern 1 und 2 dieser Motion einstimmig. (*Unruhe / Agitation dans la salle*) Entschuldigung. Ich weiss nicht, wie ich darauf gekommen bin. (*Heiterkeit / Hilarité*) Aber es ist klar, was ich gemeint habe. Wir unterstützen die Ziffern 1 und 2 dieser Motion einstimmig. Vielleicht stosse ich mich etwas daran, dass die SVP-Fraktion für mich im Bereich des Klimaschutzes einfach immer nur Lippenbekenntnisse abgibt, und das stört mich eigentlich ein wenig. Deshalb ist es wohl zu diesem Versprecher gekommen. Und offensichtlich liest sie auch den Vorstoss gar nicht, wenn der Fraktionssprecher sagt, man werde wieder die KMU plagen, die auf schwerere Fahrzeuge angewiesen sind. Dabei gibt es die Ziffer 3 in diesem Vorstoss, die deutsch und deutlich sagt, dass man eben diesem Aspekt Rechnung tragen will. So ist es für mich erstaunlich, dass man dieses Faktum einfach ausser Acht lässt.

Wir haben zur Ziffer 3 eine differenzierte Haltung. Es wird Leute aus unserer Fraktion geben, die diese ablehnen, weil sie sagen, man müsse eine Gesetzesrevision machen, die Gleiches mit Gleichem vergleicht: Ein schweres Fahrzeug ist ein schweres Fahrzeug, also ist es halt etwas teurer. Es ist aber in anderen Kantonen in der Schweiz auch so, und das müssen wir halt den KMU verkaufen. Dann gibt es andere Mitglieder – ich gehöre zu diesen –, welche die Ziffer 3 unterstützen, weil wir eben verhindern müssen – ich sage es nun gerade deutsch und deutlich –, dass man die KMU gegen diese Revision mobilisiert.

Zur Ziffer 4 wird es grossmehrheitlich eine Ablehnung geben. Wir sind auch der Meinung, dass tiefere Motorfahrzeugsteuern sicher kein Wettbewerbsvorteil sind. Aber wir gehen einfach bei einer sehr nüchternen Analyse davon aus, dass sich die Finanzlage im Kanton Bern noch nicht so verbessert hat, dass man Mehreinnahmen gerade wieder für die Senkung der Steuern verwenden kann. Ich komme gleich zum Schluss. – Wir sehen in diesem Punkt zurzeit zu wenig Spielraum. Ich gebe dazu ein Stichwort: Wir werden in den nächsten Jahren dauerhaft substanzielle Mindereinnahmen im Nationalen Finanzausgleich (NFA) hinnehmen und verdauen müssen. Aber ich persönlich sehe natürlich das Argument schon, dass man diese Vorlage mit der Ziffer 4 mehrheitsfähig macht. (*Der Vizepräsident bittet den Redner zum Schluss zu kommen. / Le vice-président demande à l'orateur de conclure.*) In diesem Sinne habe ich die Haltung unserer Fraktion begründet. Ich würde im Übrigen eine Standesinitiative im Bereich der Fliegerei ... (*Der Vizepräsident schaltet das Mikrofon aus. / Le vice-président coupe le micro.*)

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Entschuldigung, aber dieses Einfädeln vorhin hat halt 20 Sekunden gekostet. Ich musste da leider abstellen. Wir kommen zum letzten Fraktionssprecher für die BDP. Merken Sie es sich: Sie sind bei der BDP! (*Heiterkeit / Hilarité*)

Francesco Marco Rappa, Burgdorf (BDP). Ich mache es kurz. Die Motionäre wollen mit ihrem Vorstoss verschiedenen Interessengruppen gerecht werden, respektive die einen nicht zulasten der anderen strafen. Sie gehen dabei, aus Sicht der BDP-Fraktion, von der richtigen Annahme aus, dass tiefe Motorfahrzeugsteuern dem Kanton Bern keinen echten Wettbewerbsvorteil verschaffen, was aber bei der Steuer für natürliche Personen definitiv der Fall ist, und das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Die Motion will korrigieren, ohne das Gewerbe zu belasten. Aus diesen Gründen empfiehlt die BDP-Fraktion dem Grossen Rat einstimmig, diese Motion in allen vier Punkten anzunehmen.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Wir kommen zu den Einzelsprechenden: als Erster Thomas Knutti von der SVP.

Thomas Knutti, Weissenburg (SVP). Obschon ich Kollege Trüssel sehr schätze, muss ich ihm jetzt schon sagen: Ich musste mich einfach aufregen, als ich den Vorstoss sah. Sie haben Ihre Weitsicht völlig verloren, als Sie diesen eingereichten. Ich will Ihnen auch sagen, weshalb. Es gibt drei Punkte. Dieser Vorstoss ist nach meiner Auffassung ein Frontalangriff auf die Autofahrer, er ist ein Frontalangriff auf den ländlichen Raum, und er ist ein Frontalangriff auf die direkte Demokratie. 2013 nahm die Bevölkerung – es war nicht so deutlich, das hat Jakob Etter richtig gesagt – die Senkung der Motorfahrzeugsteuer im Kanton Bern an, damit wir endlich einmal auf ein schweizerisches Mittel kommen. Und dieser Volksentscheid hat noch Gültigkeit. Man kann doch nicht einfach alle paar Jahre kommen und sagen: Ja, die Bevölkerung wollte das zwar damals, aber jetzt krempeln wir alles um, weil sich alles geändert hat. 2015 führte der Regierungsrat eine Vernehmlassung über die Steuerstrategie durch. Bei der Anhörung, bei der Vernehmlassung wurde ganz klar sichtbar – und die Gemeinden äusserten sich ganz klar dementsprechend –, dass man diese Steuerstrategie nicht mit der Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer kompensieren will. Jetzt will man das tatsächlich unter dem Titel «ökologische Revision» tun.

Und jetzt muss ich natürlich auch unsere Bauern in Schutz nehmen. Sie wissen haargenau, wie viele Bauern im ländlichen Raum auf ein schweres Fahrzeug angewiesen sind, um unsere Alpen zu bestossen, und deshalb sage ich: Es ist ein Frontalangriff auf den ländlichen Raum.

Nun komme ich zum Punkt 3: Daniel Trüssel, das müssen Sie mir noch erklären. Sie schreiben unter dem Punkt 3: «gewerblich[e] [...] Fahrzeuge nach Möglichkeit und Bedarf [...] verschont». Geschätzte Anwesende, der Kanton Bern macht momentan eine Ausschreibung über die Schneepflugverträge. Diese werden neu ausgeschrieben, und die Ausschreibung beinhaltet 60 Seiten. Wie wollen Sie diesen Punkt 3 umsetzen, damit man dem einigermaßen gerecht wird? Nach Bedarf und Möglichkeit – wahrscheinlich erhält nachher jeder alle Jahre eine 60-seitige Unterlage ins Haus, die er dann ausfüllen und worin er erklären muss, ob er nun wirklich ein Gewerbe führt, und deshalb finde ich es nicht korrekt.

Sie schaffen hier eine Zweiklassengesellschaft. In anderen Kantonen ist es momentan kein Thema, dass man solche Begrenzungen macht, und Sie werden eine riesige Bürokratie auslösen. Man will es den Autofahrern nehmen, und nachher will man es am Schluss mit der Steuerentlastung – dem kann ich zustimmen – wieder an alle verteilen. *(Der Vizepräsident bittet den Redner zum Schluss zu kommen. / Le vice-président demande à l'orateur de conclure.)* Das finde ich nicht korrekt. Deshalb müssen wir das ganz klar ablehnen.

Raphael Lanz, Thun (SVP). Dieser Vorstoss von Daniel Trüssel legt uns hier ein Menü vor. Ein Menü, das eigentlich recht gut tönt: Es ist ein wenig ökologisch, hier etwas runtergehen, hier etwas aufgehen, und insgesamt wäre das dann eine kohärente Idee – hat man das Gefühl. Jetzt ist es einfach so, dass ich verschiedene Sprecherinnen und Sprecher gehört habe: Sie wollen nicht Menüs essen; sie wollen à la carte. Sie wollen à la carte: Einen Teil möchte man und einen Teil nicht. Und ich denke, das wird es hier schwierig machen, zu einem kohärenten Schluss zu kommen. Ich kann einfach sagen: Für mich persönlich ist es einleuchtend, dass man, wenn es Mehreinnahmen gibt, diese nachher für die Senkung der Steuern der natürlichen Personen verwendet. Deshalb bin ich auch der Auffassung – und das wäre ein wenig meine persönliche Position –, dass das eine Grundvoraussetzung für das ist, was nachher kommt. Darum wäre es richtig gewesen, diesem Ordnungsantrag zuzustimmen und zuerst darüber abzustimmen. Dann hätte man sich nachher über die anderen Punkte aussprechen können. Der Grosse Rat lehnte das ab. Ich will das nicht infrage stellen, aber ich will einfach begründen, warum es dann schwierig ist, zuerst über die anderen Punkte abzustimmen, wenn man gar nicht weiss, ob man sich grundsätzlich einig ist, wie man die Mehreinnahmen verwendet.

Das Zweite, was ich sagen will: Sie setzten hier einfach stillschweigend voraus, dass eine solche ökologische Reform eine Lenkungswirkung hat. Daniel Trüssel hat es gesagt, Luc Mentha ebenfalls. Nun ist das ja in der Wissenschaft umstritten. Es gibt namhafte Verhaltensökonominnen, die sagen, da finde keine Lenkung statt. Wir haben hier also einfach die Gefahr, dass wir am Schluss eine Abgabenerhöhung haben, die keine Lenkungswirkung hat, und dass man die Bürgerinnen und Bürger einfach mehr belastet. Und im Kanton Bern sind Bürgerinnen und Bürger, wenn man es insgesamt betrachtet, schon sehr stark belastet. Deshalb scheint es mir einfach schwierig zu sein, hierzu Ja zu sagen, wenn wir nicht zuerst über die Ziffer 4 abstimmen. Ich komme persönlich dazu, dass man aufgrund dieser Ausgangslage den ersten drei Punkten leider nicht zustimmen kann.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Bevor wir zum nächsten Einzelsprecher kommen, eine kurze Erinnerung zuhanden der JuKo-Mitglieder: Um 11 Uhr findet die Wandelhalbensitzung statt. Bitte denken Sie daran. Und noch einen Hinweis: In 10 Sekunden schliesse ich die Rednerliste.

Samuel Kullmann, Hilterfingen (EDU). Ich unterstütze diese Motion in allen vier Punkten und möchte das noch kurz begründen. Als ich Student war, durfte ich ein paar Jahre lang mit einem 78-jährigen Rentner in einer WG leben. Da gab es einmal einen Fall, als ich in der Nacht vergessen hatte, in der Toilette das Licht auszuschalten. Er sprach mich am nächsten Morgen ganz entrüstet darauf an, was dies jetzt für seine Stromrechnung bedeuten würde. Ich tat dies damals ein wenig mit einem müden Lächeln ab, und es waren sicher auch nicht mehr als ein paar Rappen.

Aber damit möchte ich ein wenig verdeutlichen, dass wir als Konsumentinnen und Konsumenten in sehr vielen Bereichen einen tiefen Anreiz haben, uns umweltschonend zu verhalten. Die Flugverkehrsabgabe wurde angetönt. Das ist sicher etwas, das absolut am Wachsen ist und wo man hinschauen muss. Aber der individuelle Strassenverkehr darf davon auch nicht ausgeschlossen werden, und ich finde es besonders sinnvoll, dies in der Form, wie sie uns jetzt vorliegt, zu kombinieren, Anreize zu schaffen, damit man sich beim Kauf eines neuen Autos für ein ökologischeres entscheidet, verbunden mit der Steuersenkung für natürliche Personen. Dieses Prinzip wird in der Fachsprache auch als «Tax Bads, not Goods» bezeichnet. «Bads» ist zwar kein richtiges englisches Wort, aber es wird hier dem Wortspiel halber verwendet. Das Prinzip dahinter ist, dass man nicht mit Verboten arbeiten will, aber auch nicht nur mit Appellen der Politik an die Bevölkerung, sich irgendwie umweltschonend zu verhalten, sondern ganz konkrete finanzielle Anreize setzt, Leute zu belohnen, die sich entsprechend verhalten.

Je mehr Steuereinnahmen oder allgemein Einnahmen des Kantons in dieser Art generiert werden können, desto mehr hat jede Bürgerin und jeder Bürger einen Einfluss auf die eigene Steuerbelastung, und zwar nicht nur mit Steuerhinterziehung, sondern effektiv durch ein Verhalten, das der Allgemeinheit von Nutzen ist. Dieses Prinzip dürfte noch mehr berücksichtigt werden, und wenn man dies noch konsequenter verfolgte, sehe ich auch in Zukunft mehr Handlungsspielraum, die Steuern zu senken, nicht nur bei den natürlichen Personen, sondern auch bei den Unternehmen. Deshalb werde ich die Motion, wie sie vorliegt, unterstützen.

Es wurde noch der Volksentscheid von vor sieben Jahren erwähnt. Aus demokratiepolitischer Sicht muss man das sicher diskutieren, und ich würde auch einem Antrag zustimmen, der dies einem obligatorischen Referendum unterstellen würde, einfach, weil man sagt: Es ist richtig, das Volk in diesen Entscheid noch einmal einzubinden. Das Volk soll darüber entscheiden dürfen, ob es das nun in dieser Form sinnvoller findet als vor sieben Jahren.

Lars Guggisberg, Kirchlindach (SVP). Eines muss man Ihnen lassen, Daniel Trüssel. Es ist eine clever formulierte Motion. Man wirft allen ein wenig einen Knochen hin, jenen, die für die Ökologie sind, jenen, die für das Gewerbe sind, und jenen, die für das Senken der Steuern bei den natürlichen Personen sind. Ich bin doch sehr überrascht und erstaunt darüber, dass viele auf diesen Trick hereinfallen und diesen Knochen aufnehmen, auch in der BDP und in der FDP. Es ist nämlich ein wenig eine Quadratur des Kreises. Man will zwar die Steuern erhöhen, aber es soll dann am Schluss niemanden treffen.

Schön ist vor allem die Formulierung der Ziffer 3. Luc Mentha, ich habe die Ziffer 3 sehr gut gelesen. Es steht nämlich: «primär gewerblich genutzte Fahrzeuge nach Möglichkeit [...] von Mehrbelastungen zu verschonen». Also: Ein überzeugendes Verschonen würde ganz anders klingen. Dann hätte man das «primär» nämlich streichen und «zwingend» schreiben können, nicht nur «nach Möglichkeit».

Es stimmt wohl: Es zieht wohl niemand in den Kanton Bern, weil die Motorfahrzeugsteuer hier tief ist. Aber erstens darf man ja im interkantonalen Vergleich auch einmal in einem Bereich besser sein. Zweitens: Haben Sie allen Ernstes das Gefühl, dass jemand wegen 100 Franken tieferen Steuern für die natürlichen Personen in den Kanton Bern zieht? Weiter reichen diese 40 Mio. Franken nämlich nicht, wenn man sie herunterbricht. Drittens: Am Schluss trifft es ohnehin fast die Gleichen. Wer nachher mehr bezahlt bei der Motorfahrzeugsteuer, das sind die Gleichen, die dann vielleicht den ähnlichen Betrag bei den Steuern für natürliche Personen weniger bezahlen.

Ersparen wir uns doch die unnötige, kostspielige Bürokratieübung einer zusätzlichen Revision des Gesetzes und einer sehr wahrscheinlichen Abstimmung, die nachher wiederkommen wird und die dann sicher nicht chancenlos wäre. Vielen Dank, dass Sie diese Motion ablehnen.

Madeleine Amstutz, Schwanden Siegriswil (SVP). Das ist eine Umverteilung, und die Motion heisst «Revision der Motorfahrzeugsteuer». Ziel ist es also klar, die Motorfahrzeugsteuer zu erhöhen. Gestützt auf die Volksabstimmung – das haben wir schon gehört – ist klar, was hier der Volkswille war, und es ist auch nicht nötig, dass wir immer wieder über das Gleiche abstimmen müssen und Volksentscheide nicht wahrnehmen. Begründet wurde jetzt, dass es kein Standortvorteil sei. Aber das Volk hat dazu etwas anderes gesagt.

Dass SP und Grüne Steuern erhöhen wollen, ist nichts Neues. Das ist für uns klar. Aber bedauerlich und erstaunlich ist für mich schon, dass die glp, BDP und FDP, die sich bürgerlich nennen, sich hier für höhere Motorfahrzeugsteuern einsetzen. Wenn man die vier Punkte genau liest, sieht man es auch. Für mich ist es etwas schwammig und hat Widersprüche. Für mich sind die Punkte 1 und 3 widersprüchlich, weil es in grossen Teilen ein wenig gegensätzlich ist, wenn man zum einen die schweren Fahrzeuge mehr belasten und zum anderen die gewerblichen – das sind ja dann die grossen – wieder rausnehmen will, was eigentlich auch richtig ist. Aber wir haben es schon gehört: Der Punkt 3 heisst «nach Möglichkeit und Bedarf». Das ist also schon schwammig, und es sagt eigentlich auch nichts aus.

Im Punkt 2 spricht man von etwa 40 Mio. Franken. Für mich ist auch nicht klar, ob dann der Mittelstand mehr belastet wird oder nicht, sollte der Punkt 3 angenommen werden. Darum ist es für uns beim Punkt 3 schwierig zu sagen. Wir sind ganz klar der Meinung, dass gewerblich genutzte Fahrzeuge von der Erhöhung ausgenommen werden sollen, aber alle anderen auch. Es zeigt sich einmal mehr, die SVP und EDU sind die einzigen, welche Volksentscheide ernst nehmen und das umsetzen wollen, was das Volk entschieden hat. Ich bitte darum, dass wir das hier mit einer Mehrheit ernst nehmen und nicht noch einmal eine Volksabstimmung provozieren.

Sandra Hess, Nidau (FDP). Ich bin sehr dafür, dass wir die Steuerbelastung für die natürlichen Personen im Kanton Bern senken. Die vorliegende Motion will dafür bei den Motorfahrzeugsteuern ansetzen, und das ist aus meiner Sicht das falsche Mittel für eine gute Absicht. Dies hat heute schon einmal jemand treffend formuliert: Es ist eine Idee, aber sie ist nicht zu Ende gedacht. Es ist beispielsweise nicht zu Ende gedacht, dass es durchaus eine Definition für schwere Fahrzeuge gibt, und das sind eben nicht die Sport Utility Vehicles (SUV), die man da vielleicht im Visier hat. Es sind die Fahrzeuge über 3,5 Tonnen, und das sind zu 90 Prozent gewerblich genutzte Fahrzeuge. Genau diese will man aber mit dem Punkt 3 ausnehmen. Was ist ein hoher Schadstoffausstoss? – Gemeint ist wahrscheinlich CO₂, denn das ist im Moment die einzige Messgrösse für die Energieeffizienzkette. Nicht gemessen werden Feinstaub oder Stickoxid. Diese sind aber für eine saubere Luft genauso relevant. Und wenn wir nur auf CO₂ fokussieren, dann werden wieder Dieselmotoren gepusht.

Es wurde auch gesagt, es werde kein Volksvermögen vernichtet. Auch das stimmt nicht. Die Energieeffizienz eines Autos wird nämlich Jahr für Jahr schlechter. Einfach so und ohne dass der Fahrzeugbesitzer etwas dagegen unternehmen könnte. Er kann nicht, wie bei einer Liegenschaft, sein Auto durch eine energietechnische Sanierung energieeffizienter machen. Das heisst nichts anderes, als dass der Wiederverkaufswert dieser Fahrzeuge massiv abnimmt, wenn sie dann so viel höher besteuert werden. Das ist dann eben schon Vernichtung von Volksvermögen.

Noch einmal: Es ist ein berechtigtes Anliegen, die Steuern für die natürlichen Personen zu senken, und es ist ein noch berechtigteres Anliegen, etwas für den Klimaschutz zu tun – auch mit ökologischen Fahrzeugen. Aber diese Motion ist das falsche Mittel dazu. Deshalb werde ich dieser Motion nicht zustimmen. Aber den Auftrag, eine Entlastung bei den natürlichen Personen herbeizuführen, auch im Hinblick auf die StG-Revision 2021, unterstütze ich selbstverständlich.

Urs Graf, Interlaken (SP). Ich stehe für einen ökologischen Umbau unseres Steuersystems ein und werde deshalb der Motion integral zustimmen. Das Ziel des ökologischen Umbaus steht für mich hierarchisch über allen anderen Zielen. Ich finde es demokratisch riskant, nur den Punkten 1 und 2 zuzustimmen, und ich finde es demokratisch fragwürdig, jetzt nur dem Punkt 4 zuzustimmen.

Was zeichnet erfolgreiche Politik aus? – Erfolgreiche Politik zeichnet sich dadurch aus, dass man Mehrheiten findet und dass man Kompromisse macht. Hier haben die Motionäre einen solchen Kompromiss gemacht. Sie haben etwas umgebaut, und sie geben dafür etwas, und das ist eine Chance, eine Mehrheit zu finden. Gerne gehe ich davon aus, dass dann die Steuern für die natürlichen Personen beim unteren Mittelstand angepasst werden. Damit sind auch die Bedenken von Thomas Knutti zerstreut, der sagt, dass dies ein Angriff auf den ländlichen Raum sei. Ich vertrete den ländlichen Raum auch, und ich sehe es gerade anders. Wenn wir die Steuern beim unteren Mittelstand etwas anpassen, dann ist das genau für den ländlichen Raum. Die Bauern sind schliesslich Teil des Gewerbes, und sie sind im Punkt 3 entsprechend mitberücksichtigt.

Es wurde noch gesagt, es sei undemokratisch, das schon wieder vors Volk zu bringen. Es war immerhin im Jahr 2011 und 2012, als wir darüber abstimmten. Das ist acht Jahre her, und seither ist ökologisch, klimatechnisch sehr viel gelaufen. Das Bewusstsein ist sich am Wandeln. Ich bitte Sie, hier über die Parteigrenze hinweg, diesem Vorstoss integral zuzustimmen.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Ich gebe das Wort Herrn Regierungsrat Müller.

Philippe Müller, Polizei- und Militärdirektor. Die Motion verlangt eine Revision des Gesetzes über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge (BSFG) mit dem Ziel, die Motorfahrzeugsteuern im Kanton Bern auf den schweizerischen Mittelwert anzuheben. Die damit angestrebten Mehrerträge von rund 40 Mio. Franken sollen zur Senkung der Steuern bei den natürlichen Personen verwendet werden.

Die geltenden Bemessungsgrundlagen wurden gestützt auf das Ergebnis zweier Volksabstimmungen per 1. Januar 2013 in Kraft gesetzt. Der Regierungsrat steht dem Begehren, ökologisch sinnvolle Besteuerungsmodelle einzusetzen, grundsätzlich offen gegenüber. Ein nachhaltiger ökologischer Lenkungseffekt – Stichwort Klimawandel – ist mit Blick auf die jährlichen Betriebskosten eines Personenwagens durch die vorgeschlagene Änderung allerdings nicht oder nur bedingt zu erwarten.

Der Regierungsrat schlägt vor, die vorliegende Motion als Postulat anzunehmen. Damit könnten die schon vom Grossen Rat als Postulat überwiesene Motion Wenger (*M 128-2016*) zur «Einführung einer ökologischen Lenkungsabgabe» und eine Planungserklärung zur Verbesserung der ökologischen Wirksamkeit der Motorfahrzeugsteuern aus der Novembersession 2017 zweckmässig aufeinander abgestimmt werden. Auch wäre so eine mögliche Abstimmung mit der Steuerstrategie des Kantons Bern gewährleistet. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Ich gebe dem Motionär noch einmal das Wort.

Daniel Trüssel, Trimstein (glp). Ganz herzlichen Dank für diese Diskussion. Ich staune manchmal schon ein wenig, wie man mit gewissen Knöpfen erhöhten Puls und Schnappatmungen auf allen Seiten auslösen kann. Lieber Thomas Knutti, danke für Ihre Sympathiebekundungen. Diese schicke ich sehr gerne auf persönlicher Ebene zurück, und selbstverständlich ist für mich die Landwirtschaft ein Gewerbe. Das wiederholen Sie ja immer wieder repetitiv. Für mich ist klar, dass die Landwirtschaft auch ein Gewerbe ist.

Für alle meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen Juristen: Ja, der Punkt 3 ist kein fertig formulierter Vorstoss. Das betrachte ich aber auch nicht als meine Aufgabe. Ich habe das Vertrauen in dieses Parlament hier, dass es im Gesetzgebungsprozess – wohlweislich mit den demokratischen Mitteln, die zur Verfügung stehen – eine ausgewogene, in sich homogene Vorlage hinkriegen wird. Das ist gewiss nicht meine Aufgabe als Motionär, und da können Sie nun natürlich immer Krümelchen suchen und so weiter.

Das Ganze ist auch kein Trick, lieber Lars Guggisberg. Ich meine es wirklich so. Man sollte an einem Stellschraubchen drehen, wo es keine grosse Rolle spielt, wo wir aber einen positiven ökologischen Effekt hinkriegen, und dort etwas machen, wo es der Kanton Bern endlich einen Schritt vorwärts bringt. Das ist kein Trick, wie Sie mir das suggestiv unterstellen wollen.

Die Motion sollte man eben integral überweisen, wie es Urs Graf gesagt hat. Es ist ein Viergangmenü, Raphael Lanz, das haben Sie richtig gesehen, und ich bitte Sie doch wirklich eindringlich, dieses

Menü auch als Menü zu bestellen und nicht den ersten, zweiten, dritten und vierten Gang abzuändern, als wären ein Damenturnverein. (*Unruhe / Agitation dans la salle*) Es gehört zusammen, und wir müssen das genau so überweisen. Dabei müssen vielleicht die einen und die anderen ein wenig über den Schatten springen. Und selbstverständlich entschuldige ich mich auch gerade in aller Form für die Aussage vorhin. (*Heiterkeit / Hilarité*)

Die SVP bitte ich schon noch, sich zu überlegen, ob sie den Punkt 3 wirklich ablehnen will. Entweder haben Sie es nicht verstanden, oder sie wollen dort wirklich das Gewerbe zusätzlich belasten. Das will ich nicht. Vielen Dank für die Debatte. Ich bin gespannt und harre der Dinge, die da kommen werden.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Damenturnvereine leisten hervorragende Arbeit für unsere Gesellschaft, Daniel Trüssel, und da haben Sie jetzt auch gerade wieder für Schnappatmung gesorgt. (*Heiterkeit / Hilarité*)

Jetzt kommen wir aber zur Abstimmung. Es wurde eine punktweise Abstimmung verlangt. Im Punkt 1 geht es um die eigentlich ökologische Revision. Wer den Punkt 1 annehmen will, stimmt Ja, wer diesen ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 1)

Vote (ch. 1)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 97

Nein / Non 48

Enthalten / Abstentions 2

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Sie haben den Punkt 1 angenommen, mit 97 Ja- gegen 48 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Wir kommen zum Punkt 2; dort geht es um die Höhe, die diese Revision auslösen soll. Wer den Punkt 2 annehmen will, stimmt Ja, wer diesen ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 2)

Vote (ch. 2)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 99

Nein / Non 47

Enthalten / Abstentions 2

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Sie haben auch den Punkt 2 angenommen, mit 99 Ja- gegen 47 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Wir kommen zum Punkt 3; dort geht es um die Ausnahme bei den Gewerbefahrzeugen. Wer den Punkt 3 annehmen will, stimmt Ja, wer diesen ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 3)

Vote (ch. 3)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 113

Nein / Non 27

Enthalten / Abstentions 8

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Sie haben den Punkt 3 angenommen, mit 113 Ja- gegen 27 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen.

Wir kommen zum Punkt 4; dort geht es um die Kompensation bei den Steuern der natürlichen Personen. Wer den Punkt 4 annehmen will, stimmt Ja, wer diesen ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 4)

Vote (ch. 4)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 112

Nein / Non 31

Enthalten / Abstentions 5

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Sie haben den Punkt 4 angenommen, mit 112 Ja- gegen 31 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Der Präsident, Jürg Iseli, übernimmt wieder den Vorsitz. / Le président Jürg Iseli reprend la direction des délibérations.